

Standpunkt

Informationsblatt der Deutschen Polizeigewerkschaft in der Kurpfalz



Egon Manz, Mannheim

Ein angenehmer Typ / Amtswechsel an der Polizeispitze

Die Standpunktredaktion berichtet
Amtswechsel an der Polizeispitze

Egon Manz, Mannheim

DPoLG hegt nach wie vor Zweifel am Umsetzungswillen des Finanzministeriums

Walter Krech, Mannheim

Bröckelndes Präsidium - schwächelnde Regierung / KDR schreibt MP

Christiane Eiermann, Heidelberg

Kommunale Sicherheitsdienste im Stadt- und Landkreis Heidelberg

Wilfried Kappel, Heidelberg

Mord in Leimen schnell aufgeklärt

Herbert Adam, Mannheim

Kritik der kurpfälzischen DPoLG an Unterbringungsverhältnissen der AkadPol Freiburg

Herbert Adam, Mannheim

DPoLG - in aller Kürze

Herbert Adam, Mannheim

Personalratswahlen 2010 / DPoLG-einfach die beste Wahl

Wolfgang Rösch, Mannheim

Renovierung beim Polizeipräsidium Mannheim

Ein angenehmer Typ Amtswechsel an der Polizeispitze



V.l.n.r.: Polizeipräsident in Mannheim Gerhard Klotter, Landespolizeipräsident Dr. Wolf-Dietrich Hamann, Bezirksvorsitzender der DPoLG Nordbaden Egon Manz und Bezirksvorsitzender der DPoLG Südbaden Berndt Wittmeier beim Amtswechsel in Stuttgart

Foto Polizeipfarrer i. R. Fallert

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Standpunktleserinnen und -leser,

der neue Landespolizeipräsident Dr. Wolf-Dietrich Hamann ist ein angenehmer Typ. Ein Etikett, welches man dem am 30. Juni 2009 in den gesetzlichen Ruhestand übergetretenen Amtsvorgänger Erwin Hetger nicht immer umhängen konnte. Dafür kann dieser allerdings auf unzählige Erfolge in seiner fast zwei Jahrzehnte umfassenden Amtszeit zurückblicken. Hetger war für diese lange Zeit der Veränderungen, Umbrüche und epochalen Umwälzungen wahrscheinlich der richtige Mann am richtigen Platz. Einer, der unter drei CDU-Ministern und einem SPD-Minister mit starker Hand die Zügel straff gehalten und damit viele wichtige Entscheidungen zumeist relativ schnell und fast kompromisslos durchgesetzt hatte. Dass sein Führungsstil bei den höheren Polizeiführern des Landes und beim Hauptpersonalrat manchmal als unangenehm empfunden wurde, liegt nahe. Unter dem Strich jedenfalls wird eine Bilanz erkennbar, auf die unser Land und seine Polizei stolz sein kann: Unsere Polizei ist mit ihm, wenn auch etwas hechelnd, in der Zukunft angekommen...

Auf seinen Amtsnachfolger werden inzwischen große Hoffnungen gesetzt. Nimmt er das Tempo (freilich ohne Leistungsverlust) heraus, lässt er die reformgebeutelte Polizei endlich zur Ruhe kommen, gibt er den Polizeikreisdienststellen endlich mehr Gestaltungsspielräume? Er wirkt weniger preußisch wie Hetger, dafür aber etwas lässiger - oder gelassener? Er scheint jedenfalls einen völlig anderen Führungsstil zu versprechen, einer der vielleicht noch mehr kreative Freiräume schafft. An zweierlei will er auf jeden Fall festhalten: am hohen Leistungsniveau der Polizei und am Erhalt eines realitätsnahen hohen Sicherheitsgefühls der Bürger.

Mit besten Grüßen, Egon Manz, DPoLG Mannheim und Nordbaden

Siehe auch den Bericht auf Seite 2

Herr Landespolizeipräsident, ein guter Einstieg in Ihr Amt wäre nun eine Reform- und Atempause für die Polizei

Amtswechsel an der Spitze der Polizei Baden-Württemberg

Berührungspunkte zwischen Egon Manz und Landespolizeipräsident i. R. Erwin Hetger

DPolG-Landeschef Joachim Lautensack hielt als HPR - Vorsitzender eine fulminante Rede

Die DPolG-Standpunktredaktion berichtet

Fast auf den Tag genau nach der Übernahme der Führungsspitze der baden-württembergischen Polizei vor 19 Jahren wurde Landespolizeipräsident Erwin Hetger (Foto) am 30.06.2009 im Neuen Schloss in Stuttgart von Innenminister Heribert Rech in den Ruhestand verabschiedet.



Manz' Berührungspunkte mit dem scheidenden Landespolizeipräsidenten

Dem Festakt im Neuen Schloss in Stuttgart wohnten zahlreiche Gäste des öffentlichen Lebens aus Politik, Polizei, Justiz, aber auch anderer Behörden bei. Natürlich nahm auch Egon Manz die Gelegenheit wahr, sich von Erwin Hetger zu verabschieden und dessen Nachfolger kennenzulernen. Um für die Kolleginnen und Kollegen etwas zu erreichen, darf für gute Kontakte kein Weg zu weit sein.

Ein wesentlicher Berührungspunkt zu Hetger führt in die Zeit der Einführung der Videoüberwachung in Mannheim. Damals als Pilotprojekt konzipiert, oblag es dem damaligen ÖPR, über die Einführung dieser neuen Arbeitsmethode zu befinden.

Egon Manz, der statt einer Videoüberwachung lieber mehr Polizisten gesehen hätte, wettete seinerzeit vor allem gegen die Finanzierungsvorgabe, wonach man dem Polizeipräsidium einen zu hohen Kostenanteil aufbürden wollte. Außerdem sollte es die Videoüberwachung mit eigenem Personal ohne zusätzliche Stellen vornehmen. In direkten Verhandlungen mit Hetger konnte Manz einen Kompromiss erreichen, der eine Kostenverteilung zwischen der Stadt Mannheim auf der ei-

nen Seite und dem Polizeipräsidium Mannheim, der Landespolizeidirektion Karlsruhe und dem Innenministerium auf der anderen Seite vorsah. Zudem erhielt das Polizeipräsidium Mannheim zwei temporäre Stellen. Leider kam damals keine Einigung über die Folgekosten zustande.

Am Ende konnte der Innenminister doch noch nach den für beide Seiten erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen die Einführung des

Pilotprojekts der Landespresse vorstellen.

Weitere Berührungspunkte zwischen Egon Manz und Erwin Hetger bezogen sich auf Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen bei manchen landesweiten Polizeieinsätzen, die Beurteilungsproblematik und auf Beförderungen von Kolleginnen und Kollegen mit überlangen Wartezeiten und maximal durchschnittlichen Beurteilungen.

Joachim Lautensacks Rede war Spitzenklasse

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei hielt der DPolG-Landesvorsitzende Joachim Lautensack eine vielbeachtete und mit viel Beifall bedachte Rede, in der er trotz der allgemein gegenüber den Rednern auferlegten knappen Zeitvorgabe alle für die Kollegenschaft wesentlichen Themen packte und zudem die Amtszeit und die Persönlichkeit Erwin Hetger realitätsnah nachzeichnete:

Sehr geehrter Herr Innenminister, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landespolizeipräsident Hetger, die größte Herausforderung des heutigen Tages ist für mich die Redezeit, die mir mit 5 bis 7 Minuten vorgegeben wurde. Es bleibt mir deshalb nicht viel weiter übrig, als möglichst viel zwischen die Zeilen zu packen, um Zeit zu sparen.

Zunächst möchte ich Ihnen aber ganz herzlich zum 65. Geburtstag gratulieren, den Sie vor zwei Tagen feierten. Es mögen Ihnen noch viele weitere Geburtstage bei bester Gesundheit beschieden sein. Typisch Hetger, die Amtszeit bis zum letzten Tag auszureizen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Hetger, es ist wohl unbestritten: die Welt, Deutschland, Baden-Württemberg und die Polizei des Landes haben sich seit Ihrem Amtsantritt am 4. Juli 1990, in den fast 19 Jahren, um genau zu sein, in den letzten 6936 Tagen grundlegend verändert. Sie waren dabei, mittendrin und haben während eines ganzen Generationszeitraumes ihren Beitrag an zahlreichen Veränderungen geleistet. Sie brauchen aber keine Sorge zu haben, dass Sie für alles verantwortlich machen werde. Nein, HTG spielte seine Rolle bei der Polizei des Landes Baden-Württemberg. Aber er spielte nicht nur eine Rolle, sondern die Hauptrollen in allen Episoden rund um die Polizei. Dass er daneben auch noch Regie führte und für die Dramaturgie zuständig war, war zumindest für ihn selbstverständlich und Teil seines ganzheitlichen Anspruchs.

Neue Methoden der Kriminalitätsbekämpfung, Kommunale Kriminalprävention, Leitbildentwicklung, grenzüberschreitende Polizeiarbeit, Dezentrale Budgetierung, interne und externe Organisationsuntersuchungen, Reorganisation der Polizei, Technik-Zukunftsprogramm, Nichtvollzugskonzept, Postenstrukturreform, Zielvereinbarungen, Verwaltungsreform, Arbeitszeitmodelle, Umsetzung der Effizienzrendite und des Personalabbaus, Veränderungen in der DV-Welt oder beim Polizeifunk aber auch das Talsohlenprogramm und das Notfallprogramm zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sind nur ganz wenige Stichworte, hinter denen unglaublich aufwendige und - zumindest in der Summe - auch sehr erfolgreiche Konzeptionen stehen, die eindeutig ihre Handschrift tragen, aber auch Knochenarbeit für ihre Mitarbeiter bedeuteten. Sie waren kein einfacher, kein bequemer Chef. Sie haben sehr viel gefordert. Sie haben das Regiment stramm geführt, sie haben sich dadurch unglaublich viel Respekt verschafft. Manchmal fast zu viel des Guten.

Sie haben den Laden auf Vordermann und zusammen gehalten, auch in überaus schwierigen Zeiten. Politische Sensibilität, Weitblick, strategisches Gespür und Geschick sowie Nachhaltigkeit gehörten zu Ihren herausragenden Eigenschaften. Ihr Motto war: agieren statt reagieren. Sie wollten das Heft des Handelns und der Entscheidung immer in der eigenen Hand halten.

Gerade aus Sicht der Personalvertretung kann ich sagen, dass Sie Ihre Positionen knallhart vertreten haben. Sie wollten sich nie in bindende Korsetts einengen lassen. Sie brauchten nach eigenem Bekunden auch nie ein Landespersonalvertretungsgesetz zur Regelung der jeweiligen Kompetenzen wir hingegen häufiger. Insofern haben wir als Personalräte in der Zusammenarbeit mit Ihnen einiges gelernt.

Aber immer dann, wenn es kritisch wurde, sind Sie zur persönlichen Hochform aufgelaufen. Dann haben Sie auch die Beteiligungsrechte der Personalvertretung und die Einbindung der Gewerkschaften nahezu exzessiv gehandhabt. Ich denke nur beispielsweise an die Schließung der Kraftfahrzeug-Werkstätten im Zuge der Reorganisation der Polizei und das sogenannte Nichtvollzugskonzept als Ausgleich hierfür.

Fortsetzung Seite 3

Das Werkstattschließungskonzept wurde umgesetzt das Nichtvollzugskonzept kurz nach Beginn wieder kassiert. An solchen und ähnlichen Erfahrungen hat eine Personalvertretung lange zu knabbern.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung unseres ehemaligen Innenministers Dr. Thomas Schäuble bei einem Besuch der Staatsbrauerei Rothaus. Von mir darauf angesprochen, warum er dort noch eine eigene Werkstatt für seine Lkw-Flotte unterhalte und die Werkstätten bei der Polizei von ihm aufgelöst wurden, sagte er ganz cool und überzeugend: "Das war nicht ich, das war der Hetger!"

Nun ja, der Hetger hat seinen Innenministern Schlee, Birzele, Schäuble und Rech einiges abgenommen und sicherlich auch seinen Kopf für manches hingehalten. Vielleicht müssen nach der Ära Hetger auch einige Geschäftsordnungen redigiert, evaluiert werden: Von wegen, der Minister oder der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik. Aber wir können die Herren des Primats ruhig in ihrem Glauben lassen.

Wir, die Polizei des Landes Baden-Württemberg, sind anerkanntermaßen eine der besten Polizeien im Bund-Länder-Vergleich. Unsere Leistungsfähigkeit und unsere Professionalität können nicht sehen lassen. Nicht nur aufgrund ausgezeichnete Kriminalitätsdaten, sondern auch wegen unserer herausragenden Einsatzleistungen. Ich erinnere nur an die Fußball-WM 2006, die EURO 2008 oder den NATO-Jubiläumsgipfel 2009. Das ist ohne Frage auch Ihr Verdienst in den vielen vergangenen Jahre, sehr geehrter Herr Hetger.

Zu den absolut negativen Ereignissen Ihrer Amtszeit zählen mit Sicherheit der Polizistenmord in Heilbronn und die Jagd nach dem Phantom bis hin zur Wattestäbchenaffäre und nicht zuletzt der schreckliche Amoklauf von Winnenden und Wendlingen. Ich glaube, dass die Polizei des Landes gespürt hat, wie sehr Sie dieses grausame Ereignis berührt hat und denke auch, dass diese Geschehnisse manch bisherige Position ihrerseits in Frage gestellt haben.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Hetger, alles Gute im wohlverdienten Ruhestand. Ich wünsche Ihnen vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen, gemeinsam mit Ihrer Gattin.

Ich werde mir am Ende meines Grußwortes erlauben, Ihrer Gemahlin sozusagen als kleinen Leitfaden für die Kompetenzabgrenzung in der Findungsphase des Pensionärsdaseins eine Textausgabe des Landespersonalvertretungsgesetzes zu überreichen. Sehr geehrte Frau Hetger, handhaben Sie die Beteiligungsrechte Ihres Gatten restriktiv. Er ist es so gewohnt!

Sehr geehrter Herr Dr. Hammann, Ihnen sage ich im Namen aller Polizeibeschäftigten: Herzlich Willkommen im Club. Wir haben lange gerätselt, wer Nachfolger von Landespolizeipräsident Hetger werden wird. Wird es ein Polizeibeamter oder ein Jurist? Einen Dr. Hammann, Vizepräsident beim RP Tübingen, hatten wir ir-

gendwie nicht auf der Agenda. Und was liegt bei der Polizei in solchen Fällen auf der Hand? Man ermittelt und betreibt - natürlich ganz legal - umfassende Datenerhebungen aus öffentlich zugänglichen Quellen.



Joachim Lautensack (55) Chef der DPolG Baden-Württemberg hielt als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei eine viel beachtete Rede und legte dabei dem neuen Landespolizeipräsidenten das Landespersonalvertretungsgesetz ans Herz.

Und das, was diese Quellen zu berichten hatten, hörte sich ... gut an. Sie werden mir nachsehen, dass ich an dieser Stelle auf weitere Schmeicheleien verzichte. Ich kann das zu einem späteren Zeitpunkt gerne nachholen, wenn sich die Auskünfte auch tatsächlich bestätigt haben.

Will man dem Nachrichtenmagazin Focus von Anfang Mai Glauben schenken, dann sind Sie der Mann, der als Nachfolger von LPP Hetger "pannenarme Jahre bis zur nächsten Landtagswahl garantieren muss". Im Innenministerium wünsche man sich - diesem Beitrag zufolge - vom Landespolizeipräsidenten überdies mehr kritische Distanz gegenüber dem eigenen Apparat und weniger vom bekannten Korpsgeist der Polizei.

Auftrag hin oder her, aber mit mehr kritischer Distanz zum eigenen Apparat werden Sie diesen Auftrag sicherlich nicht erfüllen können. Und was den bekannten Korpsgeist bei der Polizei anbelangt: Dieser Korpsgeist ist in Wahrheit echter Teamgeist und die Umsetzung unserer Leitbilder "Wir sind eine Polizei" und "Nur gemeinsam erreichen wir unsere Ziele"!

Sehr geehrter Herr Dr. Hammann, Sie werden uns, den Hauptpersonalrat als höchste Vertretung der Beschäftigten bei der Polizei des Landes, dringend brauchen, denn ganz so geruhsam und entspannt wird es in nächster Zeit sicherlich nicht werden.

Lassen Sie mich zum Schluss nur noch ganz wenige Handlungsfelder im Telegrammstil aufzählen, die unsere gemeinsamen Anstrengungen erfordern werden:

- Die Einsatzbelastung ist enorm hoch. Nicht nur, aber insbesondere im Wechselschichtdienst, in den Ermittlungsdiensten und bei der Bereitschaftspolizei.
- Die Personalabbauverpflichtungen beim Vollzug, im Tarifbereich und in der Verwaltung werden ihre vollständigen negativen Auswirkungen erst noch erreichen und die Polizei nachhaltig belasten.
- Neuen Aufgaben und Herausforderungen auf vielen Feldern der Inneren Sicherheit kann sich die Polizei nicht entziehen. Aber die Reserven sind aufgebraucht.
- Auch die Budgetspielräume gehen gegen Null. Weitere Einsparungen im Haushalt kann die Polizei nicht mehr leisten.
- Technische Innovationen verschlingen gewaltige Personal- und Finanzressourcen. Jedweden Gegenfinanzierungsabsichten muss entschieden entgegengetreten werden.
- Zwischen den Jahren 2012 und 2025 gehen über 12.000 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand, die Hälfte der Polizei des Landes.

Eine massive Überalterung und ein bevorstehender, gigantischer know-how-Verlust gehen damit einher, was auch mit dem Einstellungskorridor nicht mehr aufgehalten werden kann. Und auch die geplante, schnellere Verlängerung der Lebensarbeitszeit, genau in der Hochphase massenhafter Pensionsabgänge, wird das Problem noch weiter verschärfen und lässt sich mit einer verstärkten gesundheitspräventiven Ausrichtung des Dienstsports und mit noch mehr Arbeitszeitflexibilisierungsmodellen ganz sicher nicht ausgleichen.

"Die Polizei leidet nicht zuletzt unter massiven Strukturdefiziten in allen Laufbahnen und in allen Tätigkeitsbereichen. Selbst die politisch zugesagten Strukturkorrekturen - von Verbesserungen will und kann ich gar nicht sprechen - kommen leider nicht in vollem Umfang an der Basis an.

Sehr geehrter Herr Dr. Hammann, wir, der Hauptpersonalrat der Polizei, sind bereit, auch diesen schwierigen Weg mit Ihnen gemeinsam zu gehen. Wir wollen Ihnen auf diesem Weg aber nicht hinterherlaufen, sondern Seite an Seite als echte Partner.

Auch Ihnen möchte ich als kleines Antrittsgeschenk ein LPVG überreichen, allerdings mit Kommentierung und in der Hoffnung, dass Sie sich nicht nur am Gesetzestext orientieren werden.

Glück auf und alles Gute im neuen Amt.

Den Glückwünschen den Landesvorsitzenden für den neuen Landespolizeipräsidenten Dr. Wolf-Dietrich Hammann schließen wir uns von der DPolG in der Kurpfalz sehr gerne an.

Zugleich wünschen wir seinem Amtsvorgänger Erwin Hetger einen ausgeglichenen und geruh-samen Ruhestand.

DPolG hegt nach wie vor Zweifel am Umsetzungswillen des Finanzministeriums

Von Egon Manz, DPolG Mannheim

Der Mannheimer Morgen berichtete in der vergangenen Woche über den Sachstand der Planungen zu den versprochenen Sanierungsmaßnahmen mit historisierendem Dachaufbau sowie über den Anbau des Hauptdienstgebäudes der Mannheimer Polizei im Quadrat L6.

Durch ein Antwortschreiben des Finanzministers an die Mannheimer Landtagsabgeordnete Helen Heberer (SPD) waren Irritationen und erhebliche Unruhe aufgetreten.

Angeblich gäbe es laut Nachfrage beim Finanzministerium erhebliche Schwierigkeiten, potentiellen Investoren zu finden.

Aus kompetenter Quelle war zu erfahren, dass bereits geeignete Interessenten bekannt seien. Was fehlt, ist die immer noch nicht in Gang gesetzte Ausschreibung. Jeder weitere Verzögerung wird zwangsläufig zu Mehrkosten führen.

Die Grünen wollen nun helfen, dass die bisherigen politischen Versprechen eingelöst werden.

Polizei: Umbau und Neubau in L 6 werden nicht mehr in einem Zusammenhang realisiert / Unruhe bei den Beamten

Verwirrung um Sanierung des Präsidiums

Von unserem Redaktionsmitglied
Peter W. Ragge

„Erhebliche Unruhe und Besorgnis“ macht sich, so Personalratsvorsitzender Egon Manz, im Polizeipräsidium breit. Nach Beobachtungen der Beamten sind die Vorbereitungen für die Sanierung und den Anbau des Gebäudes in L 6 ins Stocken geraten. „Wir haben den Eindruck, dass man auf Zeit spielt, um dann wegen der Finanzkrise ganz von dem Projekt Abstand zu nehmen“, fürchtet Manz und verweist als Beleg dafür auf ein Schreiben des Stuttgarter Finanzministers.

Minister Willi Stächele hatte an die SPD-Landtagsabgeordnete Helen Heberer geschrieben. In dem Brief heißt es, einer „zeitnahen Ausschreibung und Durchführung“ der Sanierungsarbeiten stehe nichts entgegen, „sofern sich das Polizeipräsidium bereiterklärt, den Umbau auch dann mitzutragen, wenn sich die Realisierung des Neubaus verzögern sollte“. Und dass sie sich verzögern, ist dem Brief auch zu entnehmen. Darin wird zwar bekräftigt, dass der Anbau „durch einen privaten Investor erstellt und vorfinanziert werden“ solle. Doch müsse „noch geklärt werden“, ob wegen der Finanzkrise „derzeit wirtschaftliche Angebote erzielt werden können“.

Präsident weiß von nichts

Egon Manz schließt daraus, „dass man in Stuttgart möglicherweise nicht mehr gewillt ist, beide zusammenhängenden Projekte zu realisieren“. „Aber das Land steht im Wort“, erinnert er an frühere Zusagen, zudem käme solch eine Baumaßnahme

me ja derzeit der Wirtschaft zugute, mahnt der Personalratschef.

Polizeipräsident Gerhard Klotter findet das „alles sehr verwirrend“. „Ich merke nur, dass sich das Vorhaben verzögert – aber wie lange und warum, das weiß ich nicht“, beklagt er. Er kenne lediglich den Brief des Ministers an die Abgeordnete, direkt habe er noch gar nichts gehört: „Offiziell weiß ich nichts“ – nur, dass die Unruhe und das Rätselraten in seinem Haus zunehmen. „Die Sanierung ist dringend notwendig und kann auch nicht warten, bis der Neubau fertig ist“, bekräftigt Klotter.

Ministerium zurückhaltend

Aus dem Finanzministerium wird dagegen versichert: „Das Land hält an den geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Altbau fest“, so Melanie Zachmann, die Pressesprecherin des Ministers. Die Mitarbeiter könnten davon ausgehen, „dass mit den Umbauarbeiten am Altbau im vierten Quartal begonnen werden kann“. Noch im April war vom Baubeginn „nach der Sommerpause“ die Rede.

Zurückhaltender ist die Aussage zum Neubau. „Das Ministerium klärt derzeit, ob und unter welchen Voraussetzungen wirtschaftliche Angebote erzielt werden können“, so Zachmann. Das Ministerium habe angenommen, dass der Neubau vor Beginn der Sanierung als Ausweichfläche zur Verfügung stehen müsse, erklärt sie den Vorbehalt: „Der besteht nach unserem Kenntnisstand nicht mehr, da der Nutzer mit einem Umbau im laufenden Betrieb einverstanden ist.“ Das aber steht schon sehr lange fest.



Sanierung dringend nötig: das 1903 errichtete Gebäude des Polizeipräsidiums im Quadrat L 6.

BILD: PROSWITZ

L 6: Geschichte und Nutzung des Gebäudes

- Das Gebäude in L 6 wurde **1903** zunächst für das Badische Bezirksamt, die untere Verwaltungsbehörde des badischen Staats, **gebaut**. Ab **1938** dient das Haus in L 6 als **Polizeipräsidium**. Zudem sitzt dort das Oststadtrevier.
- Nachdem sich 1996 ein **zehn Kilogramm schwerer Stein** aus der Fassade des Gebäudes gelöst hatte und zwölf Meter tief auf den Gehweg

stürzte, nahm das Land immerhin die **Fassadensanierung** in Angriff.

- Mit der Sanierung, für die 4,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen, soll auf dem Parkplatz durch einen Investor auch ein **Anbau** entstehen, um die bisher völlig zerstreuten Dienststellen in der Steubenstraße, in L 4, L 8 und in B 6 **konzentrieren** zu können. Für den Anbau sind 7,5 Millionen Euro vorgesehen. pwr

**MANNHEIMER
MORGEN**

Bröckelndes Präsidium - schwächelnde Regierung

Von Walter, Krech, DPolG Mannheim



Nachdem Ministerpräsident Günther H. Oettinger bereits 1992 Egon Manz eine Zusage zu den Baumaßnahmen L6 gemacht hatte und dies auch noch öffentlich in Mannheim bekräftigte, gab es noch weitere Zusagen durch den früheren Finanzminister Gerhard Strat-

thaus und Innenminister Heribert Rech (CDU). Dieser stellte sogar in Aussicht ein herabgefallenes Sandsteinsegment von einer Fassade des Hauptdienstgebäudes, welches ihm Egon Manz geschenkt hatte, bei der Grundsteinlegung einzumauern. Zudem fragte der Mannheimer Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt über seinen direkten Draht mehrmals nach dem Sachstand des durch einen Steuereinkbruch verzögerten Projekts. Auch der bereits verstorbene Mannheimer Landtagsabgeordnete Max Nagel

und sein damaliger Nachfolger Roland Weiss, wie zuletzt auch die Abgeordnete Helen Heberer, alle SPD, klemmten sich hinter die dringend notwendigen Anbau- und Sanierungsmaßnahmen. Schließlich war es auch der Mannheimer Morgen, der durch seinen Redakteur Peter W. Ragge immer wieder darüber berichtete. Zu Recht ist nach und nach der Eindruck entstanden, die Politik blockiert über die bürokratische Ebene. Deshalb hat die DPolG einen erneuten Vorstoß gemacht und befindet sich in u. a. Gesprächen mit dem sicherheitspolitischen Sprecher der CDU, Thomas Blenke MdL, und dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Hans Georg Junginger MdL. Eigentlich unverständlich, dass man dieses konjunkturbelebende Projekt schleifen lässt. Die Mannheimer DPolG wird jedenfalls keine Ruhe mehr geben, bis die Versprechen eingelöst sind.

Nunmehr haben sich auch die Grünen auf die Seite der Mannheimer Polizei gestellt und spötelten: "Bröckelndes Präsidium - schwächelnde Regierung". Zu den Verzögerungen bei dem Um- und Neubau des Polizeipräsidiums Mannheim erklären der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer

Sprecher, und der Weinheimer Landtagsabgeordnete Uli Sckerl, innenpolitischer Sprecher (beide Bündnis 90/Die Grünen):

"Es wird Zeit: Sanierung und Neubau des Polizeipräsidiums in Mannheim sind längst überfällig. Nur: Die Landesregierung bekommt dieses wichtige Projekt seit Jahren nicht auf die Reihe. Ausgerechnet die Minister jener Partei, die am lautesten nach Recht und Ordnung ruft, vernachlässigen die Polizei: Innenminister Rech und Finanzminister Stächele. Die Folgen sind nicht nur am bröckelnden Präsidium zu sehen. Die Folge ist auch der Ruf nach dem Kommunalen Ordnungsdienst (KOD). Oberbürgermeister und Gemeinderat sollten sich das nicht gefallen lassen, wie Ministerpräsident Oettinger und seine schwächelnde Regierung mit der Mannheimer Polizei umspringen und insgeheim hoffen, dass die Stadt das Sicherheitsdefizit mit dem KOD aufzufangen bereit ist. Und nicht zu vergessen: Das Land hat auch eine Fürsorgepflicht seinen Beamtinnen und Beamten gegenüber. Angesichts der untragbaren Zustände im Polizeipräsidium müssen wir aber feststellen: Die Landesregierung vernachlässigt ihre Pflichten - und Mannheim noch dazu."

Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur Sanierung des Polizeipräsidiums Mannheim

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die Sanierung des Gebäudes des PP Mannheim weiter aufgeschoben werden kann?
2. Wann werden die geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau definitiv beginnen?
3. Wie ist der konkrete Stand der Ausschreibungen für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau?
4. Wurden bereits Ausschreibungsergebnisse erzielt, wenn ja, welche und werden diese Auswirkungen auf die Kostenschätzungen haben?
5. Wie sieht der Zeitplan für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altbau konkret aus und bis wann sollen die Maßnahmen abgeschlossen sein?
6. Wie ist der konkrete Stand von Planung und Finanzierung des Neubaus?
7. Plant die Landesregierung eine zeitliche Verschiebung des Neubaus?
8. Von welchem Finanzvolumen geht die Landesregierung beim Neubau aktuell aus?
9. Welche Vorteile werden sich mit dem Neubau für die Polizei in Mannheim ergeben?
10. Welche Synergieeffekte lassen sich durch die Bündelung von Dienststellen im Komplex L 6 erzielen?

Stuttgart, 02.07.2009, Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE

Begründung: Seit 1996 ist bekannt, dass das Gebäude des Polizeipräsidiums Mannheim dringend saniert und umgebaut werden muss. Zudem ist seit langem vorgesehen, mit einem An- bzw. Neubau eine Vielzahl im Stadtgebiet zerstreut liegender Dienststellen im Komplex L 6 zu bündeln. Aktuell gibt es jedoch erneut die Besorgnis, dass die zugesagten Sanierungsmaßnahmen und der An- bzw. Neubau verschoben bzw. zur Disposition stehen könnten. Mit der Kleinen Anfrage soll der konkrete Stand der Planungen erfragt werden.



Die DPolG freut sich, dass sich der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher, und der Weinheimer Landtagsabgeordnete Uli Sckerl, innenpolitischer Sprecher (beide Bündnis 90/Die Grünen), für die Mannheimer Polizei und damit auch für die Bevölkerung und ihre Sicherheitsbedürfnisse einsetzen.

Egon Manz macht kürzlich deutlich, dass die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel steht: "Es kann nicht sein, dass die Politik Versprechen gibt, Hoffnungen weckt und sich dann herausstellt, dass politische Entscheidungen an der Ministerialbürokratie scheitert. Nach vielen Verzögerungen wurden endlich die Finanzmittel bereitgestellt und es wurde von verschiedener Seite signalisiert, dass die Maßnahmen in Angriff genommen würden. Dazu wurde vor Monaten im Untergeschoss des Hauptdienstgebäudes etwas Staub produziert; das war's. So sieht keine glaubwürdige Politik aus."

Klaus Dieter Reichardt, MdL, schaltet sich ein

Der seit seinem schweren Verkehrsunfall noch nicht wieder in Dienst getretene Mannheimer Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt (CDU) schaltete sich mit einem persönlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger und seinen Fraktionschef Stefan Mappus (beide CDU) in die Diskussion um die Durchsetzungsfähigkeit politischer Entscheidungen ein und bat um Beseitigung aller Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Anbau und die Sanierung des Hauptdienstgebäudes der Mannheimer Polizei. Hier das privat an Egon Manz weitergeleitete Mail des Abgeordneten:

Klaus Dieter Reichardt

Mannheim, 3. Juli 1009

Betreff: Polizeipräsidium Mannheim - vorgesehene Baumaßnahmen II

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Günther,
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Stefan,

dieser Tage war zum Thema "Erneute Verzögerungen bei der vorgesehenen Neubaumaßnahme Polizeipräsidium Mannheim" im "Mannheimer Morgen" ein großer Artikel zu lesen, auf den ich Sie beide - als Leser des "MM" - gleich hingewiesen habe.

Der Personalratsvorsitzende der Mannheimer Polizei, Egon Manz, sagte mir eben bei einem privaten Telefonat, die Tendenz dieses Artikels sei zutreffend. Es gebe Verzögerungen auf Arbeitsebene. Egon Manz, mit dem ich persönlich befreundet bin, vermutete, die Verzögerungen - insbesondere auf Arbeitsebene - könnten gravierend sein. SPD und Grüne im Landtag von Baden-Württemberg würden sich des Thema bereits annehmen. Das Finanzministerium Baden-Württemberg sei jetzt gefordert.

Nachdem der Ministerpräsident, schon während seiner Amtszeit als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, mit diesem Gesamtprojekt identifiziert wurde und wird, teile ich ganz persönlich diesen Hinweis aus unserem Telefonat mit.

Und ich rege an, schnellstens, final und abschließend berechenbar alle Unklarheiten zu beseitigen.

Um es etwas kompliziert ausdrücken, aber hoffentlich treffend:

Ein ausgezeichnetes, ehrgeiziges politisches Projekt läuft Gefahr, in der veröffentlichten Meinung zum umstrittenen Vorhaben zu abzugleiten - womit der unbestritten optimale Wille des Ministerpräsidenten und der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg unnötig konterkariert wäre, was wiederum der Staatsbürger wie Steuerzahler Klaus Dieter Reichardt für völlig unnötig erachtete. Zumal nach Auffassung der lokalen Behörden potentielle Investoren - über die von der Arbeitsebene des Finanzministeriums genannte Zahl hinaus - gewonnen werden könnten bzw. ihr Interesse bereits bekundet haben. Bau und Vermögen weiß vor Ort hier Bescheid, Herrn Kendel als Leiter darf ich namentlich nennen.

Lieber Günther, lieber Stefan, gestattet mir die herzliche, persönliche Bitte, sich dieses Themas persönlich anzunehmen und bei diesem vor Ort sehr sensiblen Thema "vom Eis zu bringen, was derzeit auf diesem herumrutscht".

Herzlichen Dank vorab und in Freundschaft beste Grüße,
Klaus Dieter Reichardt



Kommunale Sicherheitsdienste im Stadt- und Landkreis Heidelberg

Von Christiane Eiermann, DPoG Heidelberg



Der Vorsitzende des Innenausschusses im Stuttgarter Landtag, Hans Georg Junginger (SPD) befasste sich in einer kleinen Anfrage vom 23.06.2009 mit dem kommunalen Sicherheits- und Ordnungsdienst. Bekanntlich zieht sich die Polizei des Landes zunehmend von ordnungspolizeilichen Aufgaben zurück - eine Folge der Zunahme von neuen Tätigkeitsfeldern, aber auch eine Folge der immer prekärer werdenden Personalsituation: Polizisten werden immer weniger, dafür immer älter. Zur Begründung führte er folgendes aus:

Der Stadtkreis Heidelberg hat in den letzten Jahren vermehrt private Sicherheitsdienste engagiert, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Alltagsleben mit aufrechtzuerhalten. Gründe hierfür waren u. a. die Zunahme von Vandalismusschäden sowie von Sachbeschädigungen an privaten und öffentlichen Eigentum. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist hierdurch stark beeinträchtigt. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, wie das Engagement privater Sicherheitsdienste vor dem Hintergrund der gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Gemeindevollzugsdienst einzuordnen ist.

Der Stadtkreis Heidelberg hat in den letzten Jahren vermehrt private Sicherheitsdienste engagiert, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Alltagsleben mit aufrechtzuerhalten. Gründe hierfür waren u. a. die Zunahme von Vandalismusschäden sowie von Sachbeschädigungen an privaten und öffentlichen Eigentum. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist hierdurch stark beeinträchtigt. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, wie das Engagement privater Sicherheitsdienste vor dem Hintergrund der gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Gemeindevollzugsdienst einzuordnen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist im Stadt- und Landkreis Heidelberg der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten beschlossen bzw. eingeführt worden, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Alltag, d.h. ohne konkrete Veranlassung durch öffentliche Veranstaltungen, aufrechtzuerhalten?
2. Aus welchem Anlass wurde die Beauftragung von privaten Sicherheitsdiensten – falls dies der Fall ist – beschlossen?
3. Welche Aufgaben wurden den privaten Sicherheitsdiensten übertragen?
4. In welchem Umfang nehmen die privaten Sicherheitsdienste ihre Aufgaben wahr (Anzahl der Stunden pro Tag, Woche und Monat; Anzahl des eingesetzten Personals)?
5. Ist in Heidelberg ein Gemeindevollzugsdienst eingerichtet und wenn ja, wie groß ist die Zahl der Beschäftigten?
6. Wie sind in Heidelberg – falls sowohl ein Gemeindevollzugsdienst als auch über ein privater Sicherheitsdienst besteht – die Aufgaben zwischen beiden Institutionen verteilt und in welchem Verhältnis im Hinblick auf Anordnung und Ausführung stehen die Mitarbeiter zueinander?
7. Welche Beträge wendet die Stadt Heidelberg jährlich für ihren Gemeindevollzugsdienst und gegebenenfalls für ihren privaten Sicherheitsdienst auf?

23.06.2009,

Junginger SPD



Hans Georg Junginger, MdL, Vorsitzender des Innenausschusses im Landtag von BW

Die kurpfälzische DPoG fordert seit Jahren, dass die Landesregierung den Wildwuchs von Gemeindlichen Vollzugsdiensten endlich unter Kontrolle und diese Ordnungsdienste auf einen Nenner bringt. Es bedarf einer einheitlichen gesetzlichen Grundlage über Kompetenzen, eine definierte Angrenzung zur Polizei, Festlegung von überlappenden Zuständigkeiten, Festlegung von einheitlichen Ausbildungskriterien, einheitliche Einkommensregelungen und eine einheitliche Uniformierung, die eine Verwechslung mit der Polizei verhindert. Bisher tut sich nichts.

Erfolg für Kripo und Schutzpolizei:

Mord in Leimen schnell aufgeklärt

Von Wilfried Kappel, DPoG Heidelberg

Am 28.06.09, 02.00 Uhr wurde in Leimen eine Person erstochen. Der Täter flüchtete. Durch die KP Heidelberg wurde die „Soko Leimen“ unter Leitung von KOR Kollmar eingerichtet. Durch Zeugenhinweise und umfangreiche Ermittlungen gelangte man zum Hinweis, dass sich der Tatverdächtige in 69412 Eberbach bei seinem Onkel aufhalten sollte. Das Polizeirevier Eberbach wurde am Sonntag, 29.06.09, 10.45 Uhr mit der Wohnungsüberprüfung und Durchsuchung beauftragt. Eine Besatzung des PR Eberbach und eine Besatzung des PR Neckargemünd führen die Wohnanschrift an. Vor Ort erhielten die Beamten die Mitteilung, dass sich der TV mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Wohnung befindet. Durch taktisch kluges Vorgehen gelang den Beamten die Festnahme des TV.

Die DPoG gratuliert allen Beteiligten zum schnellen Erfolg.

Trotz des Erfolgs muss man die Frage stellen, ob es richtig war den Streifendienst mit der Festnahme zu beauftragen? Die Herbeiführung des SEKS wurde vom Soko-Leiter jedenfalls nicht für notwendig erachtet. Wir freuen uns, dass der Einsatz gut verlaufen ist, eine Nachbereitung wäre aber sicher nicht schädlich.

Kritik der kurpfälzischen DPoLG an Unterbringungsverhältnissen der AkadPol Freiburg

Von Herbert Adam, DPoLG Mannheim

Im Standpunkt Nr.24 vom 22.6.2009 hatten wir mehrere an uns herangetragene Kritiken von Kollegen thematisiert, die sich mit den Unterbringungsverhältnissen in der Akademie der Polizei (AkadPol in Freiburg befassten. Kritisiert wurden befleckte und zerschlissene Bettlaken, stinkende und fleckige Matratzen, vermiefte nicht renovierte Zimmer und braune Brühe speiende Wasserhähne. Es war uns bekannt, dass die Leitung der Akademie alles im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten tut, um die Unterbringungsbedingungen auf einem akzeptablen Standard zu halten. Auf Handzetteln wurde sogar um Verständnis nachgesucht, wenn das eine oder andere Zimmer oder auch die Ausstattung nicht zeitgerecht war. Ziel dieser Erwähnung im Standpunkt ist nicht, die Leitung der Akademie zu kritisieren, ganz im Gegenteil, sondern auf die finanziellen Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Wir fordern deshalb die politisch Verantwortlichen auf, die durch den Teilverkauf des großen Parkplatzareals der Akademie dem Land zugeflossenen Millionen zumindest teilweise für dringende erforderliche Renovierungen und Ersatzbeschaffungen bereitzustellen und die Leitung der Akademie nicht im Regen stehen zu lassen. Das haben weder sie, noch die Kolleginnen und Kollegen, die unter den gegebenen Bedingungen in der Akademie nächtigen müssen, nicht verdient.

Der Leiter der Akademie der Polizei, Peter Egetemaier befürchtete einen Imageverlust und schrieb Egon Manz am 29.6.09 ein Mail:



Im Gespräch: Bezirksvorsitzender der DPoLG Südbaden, Berndt Wittmeier, AkadPol-Leiter Peter Egetemaier und Bezirksvorsitzender der DPoLG Nordbaden Egon Manz

DPoLG-Statement zur AkadPol-Unterbringung

Sehr geehrter Herr Manz,

mit Interesse habe ich die o.g. Veröffentlichung zur Unterbringung am Freiburger Standort der Akademie der Polizei gelesen.

Über die Formulierungen dort bin ich alles andere als glücklich, deshalb möchte ich das eine oder andere klarstellen.

Wir begrüßen es grundsätzlich immer, in unseren schon Jahre andauernden Bemühungen um Sanierung bzw. Renovierung der Liegenschaften in Freiburg, unterstützt zu werden. Die Akademie ist in der Vergangenheit diesbezüglich stark vernachlässigt worden. Die zunehmende Unzufriedenheit unserer Kolleginnen und Kollegen spüren wir hier unmittelbar. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten immer zahlreiche kritische Rückmeldungen in dem Wissen, vielfach keine Abhilfe schaffen zu können. Das sorgt für Frustration.

Beim Lesen der Veröffentlichung kann sich aber die Vermutung einstellen, die Akademie bemühe sich – zumindest im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten – nicht ausreichend um einen angemessenen Unterbringungsstandard und mute ihren Gästen somit inakzeptable Verhältnisse zu.

Dieser Eindruck ist falsch! „Befleckte und zerschlissene Bettlaken, stinkende und mit allerlei Flecken übersäte Matratzen“ bieten wir unseren Gästen nicht an. Natürlich kann ich nicht vollständig ausschließen, dass es in Einzelfällen zu verspäteten Aussonderungen nicht mehr tragbarer Materialien kommt. Dies darf eigentlich nicht, kann aber im Massenbetrieb bei vielen Tausend Gästen im Jahr, einmal passieren. Hier sind wir in Teilen auch auf die direkten Rück-

meldungen unserer „Kunden“ angewiesen, um die wir sie u.a. in der regelmäßigen Seminarevaluation bitten.

Dass wir im Rahmen unserer sehr sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten aber gerade die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Veranstaltungen im Haus zuletzt in den Fokus genommen haben, mögen Ihnen folgende Zahlen verdeutlichen:

In 2007 und 2008 haben wir für den Unterkunftsbereich angeschafft

Matratzen für	11.000 €
Bettwäsche und Kopfkissen für	14.000 €
Duschhandtücher für	4.000 €

Mehr war und ist mit Blick auf den engen Investitionsrahmen bei Kapitel 0317 schlichtweg nicht möglich. Investitionen in anderen Bereichen (Lehrsäle etc) sind auf ein Minimum reduziert und stehen unter dem Vorbehalt: „notwendig zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs“.



Im Rahmen unserer Möglichkeiten führen wir darüber hinaus mit eigenen Handwerkern laufend Schönheitsreparaturen durch. Diese Reparaturen können im Bereich teilweise maroder Strukturen aber nur bedingt Abhilfe schaffen.

Die Bauverwaltung hat in den letzten drei Jahren hier in eine Wasseraufbereitungsanlage (Gebäude U 5 und U 6) und den Austausch eines Heizkessels in der zentralen Heizungsanlage investiert. Alle weiteren Maßnahmen wurden bis zuletzt mit dem Hinweis auf die unsichere Zukunft der Akademie zurückgestellt.

Hier sind wir aktuell etwas optimistischer. Wir hoffen, dass die gemeinsamen Anstrengungen der Akademie und des LPP dazu führen werden, dass wir im Doppelhaushalt 2010/2011 Berücksichtigung finden wird. Dass mein Stellvertreter „sich sogar bei den Lehrgangsteilnehmern entschuldigte, die trotz dieser Unbill in den stinkenden Räumen übernachteten“ ist nicht richtig. Wahr ist allerdings, dass unsere Seminarleiter (vielleicht im Namen der Akademie-Leitung?) bei den Begrüßungen unserer Gäste um Verständnis dafür bitten, Unterkünfte anbieten zu müssen, die wir für nicht mehr angemessen erachten. In der großen Mehrzahl der Fälle stoßen wir dabei auf Verständnis.

„Stinkende Räume“ stellen wir nicht zur Verfügung. Tatsache ist aber, dass in den Unterkunftsgebäuden 5 und 6 seit Jahren ein spezieller Geruch wahrzunehmen ist, der auch durch intensives Lüften nicht zu beseitigen ist und dessen Ursache bei mehreren Untersuchungen der dafür zuständigen Behörden nicht festgestellt werden konnte.

Der von Ihnen gegebene Rat, „die Übernachtung unter den genannten Umständen zu verweigern“ ist aus meiner Sicht in der aktuellen Situation wenig hilfreich. Würde er tatsächlich von Kolleginnen und Kollegen, die hier Seminare besuchen, angenommen werden, so könnte dringend benötigte und nachgefragte Fortbildung nicht angeboten werden. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse der DPoLG sein. Dass finanzielle Mittel zur auswärtigen Unterbringung nicht zur Verfügung stehen bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Die aktuellen Belegungszahlen am Standort Freiburg zeigen, dass die Zustände zwar akut Änderungsbedürftig aber bei weitem nicht so dramatisch sind, wie im Artikel

dargestellt. Im Übrigen nächtigen hier auch diejenigen Führungskräfte, deren Mitarbeiter Sie den zitierten Rat geben.

Da ich nicht weiß, ob und mit welchem Ergebnis die Nachschau des Freiburger DPoLG - Vorsitzenden stattgefunden hat, biete ich Ihnen gern an, sich im direkten Kontakt mit mir ein umfassendes Bild zu machen und sich über die ange-deutete Entwicklung zu informieren. Auch eine

„Probeübernachtung“ ist auf Wunsch für Sie oder Herrn Wittmeier sicher zu arrangieren.

Sehr geehrter Herr Manz, ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich mich in der Sorge um den guten Ruf der Akademie in dieser ausführlichen Form direkt an Sie gewandt habe. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass es – gerade weil wir im Grunde in der Sache das gleiche Ziel haben müssten - vor derartigen Ver-

öffentlichungen zum direkten Kontakt kommen kann. Ich stehe dafür jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Egetemaier, Leiter d. Akademie der Polizei

Anmerkung: Peter Egetemaier hat recht, wir werden für die Kollegen zwar weiterhin publizieren, aber möglichst mit vorheriger Kontaktnahme.

DPoLG - In aller Kürze Von Herbert Adam, DPoLG Mannheim



Bund plant Urlaubsverordnungsänderung

Für die Bundesbedienstete Kolleginnen und Kollegen bahnt sich bei der Urlaubsverordnung eine Änderung an. Zukünftig sollen Schichtdienstleistende statt maximal 5 künftig bis zu 6 Tage Zusatzurlaub erhalten, wenn die Voraussetzun-

gen erfüllt sind. In Baden – Württemberg gibt es meines Wissens noch keine Initiative in diese Richtung. Zur Erinnerung:

Der DPoLG-Kreisverband Mannheim hatte vor rund 2 Jahren die Diskussion angestoßen, ob es nicht sinnvoller und für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gesünder wäre, wieder zur 38,5 Stunden-Woche zurückzukehren und dafür auf die zusätzlichen Urlaubstage zu verzichten. Ein hoher Verwaltungsaufwand würde eingespart werden. Leider konnten wir mit dieser Diskussion keine Änderung erreichen obwohl damals nahezu 100 Prozent der an der Diskussion Teilnehmenden unsere Auffassung als einen Schritt in die richtige Richtung hielt.

83.000 Geschwindigkeitsverstöße pro Woche

„Geschwindigkeitsverstöße sind nach wie vor Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit Personenschaden und jeder zweite Verkehrstote im Land ist deswegen zu beklagen. Das sind

zwingende Argumente und der Grund für unsere intensiven Geschwindigkeitskontrollen“, sagte Innenminister Heribert Rech.

Motorräder für die Polizei

Nach einer weiteren europaweiten Ausschreibung für insgesamt 389 Transporter und 19 Polizeimotorräder hat das Innenministerium die Zuschläge für das jeweils wirtschaftlichste Angebot an die Hersteller Daimler AG und Volkswagen AG erteilt. Die Polizeimotorräder werden wie in der Vergangenheit von BMW geliefert.

Bei einem Versicherungsvertreter gehört:

Kunde: „Ich möchte eine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen.“

Berater: „Sehr vernünftig. Darf ich Fragen in welcher Branche Sie tätig sind?“

Kunde: „Ich bin Bankmanager.“

Berater (sarkastisch): „Da kommen wir aber ein bisschen zu spät, was?“

83.000 Geschwindigkeitsverstöße in einer Woche. Geschwindigkeitsüberschreitung ist die Hauptunfallursache und Kontrollen sind der beste Weg zur Unfallverhütung. Die Polizei in Baden-Württemberg baut Stellen ab, weil...

Herr Oettinger, vervollständigen Sie den Satz. Wir können es nicht und können es auch nicht unseren Mitbürgern erklären.

Personalratswahlen 2010 DPoLG - einfach die beste Wahl

Die Möglichkeiten der Einflussnahme durch den Personalrat auf Entscheidungen

Von Herbert Adam, DPoLG Mannheim

Im letzten Standpunkt haben wir über das Mitbestimmungsrecht eines Personalrates berichtet. Auf die einzelnen Tatbestände der Mitbestimmung werden wir in den folgenden Standpunktangaben noch eingehen. Heute werden wir uns mit dem Mitwirkungsrecht beschäftigen.

Die Mitwirkung

Bei der Mitwirkung handelt es sich um eine schwächere Beteiligungsform. Denn, wie bei der Mitbestimmung, kann zwar das Stufenverfahren (durch den Personalrat) eingeleitet werden, die letzte Entscheidung trifft dabei aber immer die oberste Dienstbehörde, also das Innenministerium.

Die Instrumente „Mitbestimmung“ und die „Mitwirkung“ sind also schon recht starke Waffen eines Personalrates. Durch die Stärkung der rechtlichen Posi-

tionen der Leiter der Kreisdienststellen gewinnen diese Waffen zunehmend an Bedeutung für den Personalrat. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Personalräte mehr Tatbestände aus dem beamten- und dienstrechtlichen Bereich in den Feldern Mitbestimmung und Mitwirkung angesiedelt sehen wollen. Erste Diskussionen haben bundesweit schon begonnen.

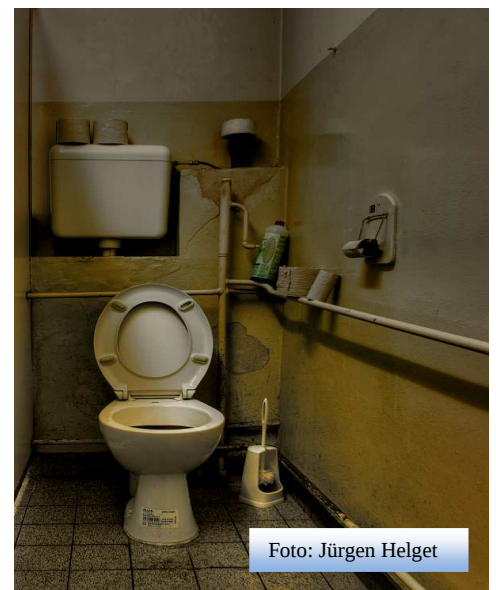
Im nächsten Standpunkt beschäftigen wir uns mit der Anhörung und Kenntnisnahme und kommen dann zur Zuordnung einzelner Tatbestände.

Renovierung beim Polizeipräsidium Mannheim

Von Wolfgang Rösch, DPoLG Mannheim

In dieser Standpunktangabe wurde über das Sanierungsprojekt L6 berichtet, also das Hauptdienstgebäude der Mannheimer Polizei im Quadrat L6. Was sich dahinter verbirgt, ist viel mehr, als man sich vorstellen kann. Da sind undichte Fenster, durch die es im Winter zieht, da sind undichte Fenster, durch die der Straßenlärm und -dreck dringt, da ist das nach dem Krieg notdürftig geflickte Dach, durch das Wasser tropft, und

da sind auch ekelhafte Toilettenanlagen, wie diese vom 4. Obergeschoss:



PP Mannheim, L6,1, 4. OG. Würden Sie eine solche Toilette aufsuchen, Herr Finanzminister?



Gala-Serenade

mit

3 Polizeiorchestern

Polizeimusikkorps Baden-Württemberg
 Polizeimusikkorps Karlsruhe
 Bundespolizeiorchester München

Zu Gunsten der
 “Mario-Keller-Schule”
 in Afghanistan
Eintritt frei
 Spenden willkommen

Moderation: Jürgen Essig, SWR 4

Vorplatz Karlsruher Schloss
Freitag, 17. Juli 2009
 Beginn 20:30 Uhr

Schirmherrschaft: Innenminister Heribert Rech



BUNDESPOLIZEI



Baden-Württemberg
 INNENMINISTERIUM

